

20.01.2020

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Kommunale Amtsträgerinnen und Amtsträger vor Anfeindungen, Hass und Angriffen schützen

Dies gilt in ganz besonderem Maße für die kommunale Ebene: „Ohne Städte ist kein Staat zu machen.“ – so lautet ein Zitat des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss, der bereits 1953 das Fazit zog, dass „Gemeinden wichtiger seien als der Staat“. Die Politik und die Politiker vor Ort sind unverzichtbar für das Funktionieren und den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens. Die Kommunalpolitik ist die Keimzelle unserer Demokratie.

Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in seiner diesjährigen Neujahrsansprache dazu aufgerufen, Hass und Drohungen gegen Einsatzkräfte von Polizei, Rettungsdiensten und der Feuerwehr, sowie gegen Bürgermeister und Gemeinderäte entgegenzutreten und diese besser zu schützen: „Wir brauchen doch jeden, die Demokratie braucht jeden, dem der Nachbar, die Gemeinde, die Region, in der er lebt, nicht egal ist. Wir brauchen jeden, der an mehr denkt als nur an sich selbst.“

Angriffe auf die seelische und körperliche Unversehrtheit von kommunalen Amtsträgerinnen und Amtsträgern, wie z.B. auf die damalige Oberbürgermeisterkandidatin von Köln, Henriette Reker, den Bürgermeister von Altena, Dr. Andreas Hollstein und die Ermordung von Dr. Walter Lübcke im vergangenen Jahr sind nur einige mahnende Beispiele. Viele Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie kommunale Hauptverwaltungsbeamte und Beschäftigte können von Angriffen – vor allem im Internet – auf sie, ihre Politik und ihre Familien berichten.

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, gegen dieses Klima des Hasses und der Gewalt vorzugehen. Wir alle – Politik, Polizei, Justiz, Kommunen und die Gesellschaft an sich – haben die Stimme zu erheben, wann immer Menschen im öffentlichen Leben oder in einem öffentlichen Amt herabgewürdigt, beleidigt, bespuckt oder angegriffen werden.

Der Bundesminister des Inneren, Bau und Heimat, Horst Seehofer, hat am gestrigen Sonntag (19.01.2020) angekündigt, sich für eine parteiübergreifende Initiative zum Schutz von

Datum des Originals: 20.01.2020/Ausgegeben: 20.01.2020

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Politikerinnen und Politikern einzusetzen: „Unsere Gesellschaft lebt davon, dass sich Bürgerinnen und Bürger freiwillig für öffentliche Ämter zur Verfügung stellen.“¹

Dieses Engagement muss unbedingt erhalten werden. Daraus erwächst aber auch die Verantwortung, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb muss sich der Landtag Nordrhein-Westfalen mit diesem Thema im Rahmen einer Aktuellen Stunde beschäftigen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne

und Fraktion

¹ (<https://www.n-tv.de/politik/Seehofer-setzt-sich-fuer-Politikerschutz-ein-article21518432.html>).